



KARIKATUR: MARIO LARS

LEITARTIKEL

# Zu viele Widersprüche

VON ULRICH KRÖKEL

- US-Präsident stellt Putins Macht in Frage
- Biden stimmte die Verbündeten auf einen langen Konflikt ein
- Kossatschow: Bidens Fehler sind schlimmer als Verbrechen

Geschichte wird nicht geschrieben. Sie schreibt sich selbst. Kein Mensch kann die großen historischen Momente planen. Man denke nur an Günter Schabowski, seinen Zettel und die wenigen Sätze, mit denen er 1989 die Maueröffnung verkündete. Auch große Reden lassen sich nicht planen. Selbst eine noch so ausgefeilte Wortkunst hilft nicht, wenn der Funke nicht überspringt.

So war es mit Joe Bidens Rede in Warschau. Historisch sollte sie werden, hatte das Weiße Haus angekündigt. Und tatsächlich arbeitete sich der US-Präsident an der Geschichte ab. Er berief sich auf all die Freiheitshelden des Kalten Krieges, um sie quasi mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj in den Kampf gegen Vladimir Putin zu schicken. Natürlich nur rhetorisch. Aber die Idee der Rede ging nicht auf. Wenn allein der russische Präsident Putin der Böse ist, wie Biden behauptete, dann gibt es keine neue Systemkonfrontation zwischen Autokratie und Demokratie. Dann gibt es nur einen Tyrannen im Kreml.

Genau dieser innere Widerspruch der Rede war auch der Grund dafür, dass Bidens Satz über den einen Mann, der „nicht an der Macht bleiben darf“, für so viel Wirbel sorgte. Das klang schwer nach Regimewechsel und damit nach einem Politikansatz, von dem sich die USA doch eigentlich verabschiedet hatten. Und den Putin als Aggression werten könnte. Dabei kann ohnehin niemand sagen, wie sich eine Nach-Putin-Ära gestalten würde. Vor allzu optimistischen Prognosen sei in jedem Fall gewarnt. Bei viel zu vielen Russen hat sich die Verachtung für den liberalen Westen zu tief ins Bewusstsein eingegraben. Selbstverständlich hat das auch mit propagandistischer Dauerbeschallung zu tun. Aber eben nicht nur. Die Traumata der Vergangenheit sind in Russland noch längst nicht überwunden.

Das gilt im Übrigen auch für Polen. Seit Jahren feiern dort Nationalismus und katholischer Fundamentalismus fröhlich (mitunter sehr aggressiv) Urständ. Eigentlich hatte

sich Biden deshalb dazu entschieden, die rechtskonservative PiS-Regierung in Warschau mit Nichtachtung zu strafen. Gründe gab es genug: Da waren die Angriffe auf die unabhängige Justiz, die Hassreden gegen sexuelle Minderheiten und vor allem die Attacken auf private Medienhäuser, auch auf solche, die sich in Hand amerikanischer Unternehmen befinden. Zeitweise sah es nach einem offenen Bruch zwischen Washington und Warschau aus. Das

## Seit Beginn des russischen Angriffskrieges ist Polen für die Nato und damit auch für die USA in Rekordtempo vom Problemfall zum Premiumpartner aufgestiegen.

scheint nun alles vergessen. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine ist Polen für die Nato und damit auch für die USA in Rekordtempo vom Problemfall zum Premiumpartner aufgestiegen. Biden sprach ausgiebig mit Regierungspolitikern. Von Kritik war danach nichts zu hören. Das hätte wohl nur die Botschaft des Besuchs unterlaufen, die da lautete: Nie war die transatlantische Gemeinschaft so geschlossen wie nach einem Monat des russischen Angriffskriegs. Das Signal war natürlich wichtig angesichts der Bedrohung. Niemand sollte sich aber etwas vormachen. Die Risse werden wieder aufbrechen – und manches spricht dafür, dass sie breiter und tiefer sein könnten als zuvor. In Polen jedenfalls stachelt der Krieg den Nationalismus an.

leserbriefe@freiepresse.de

### IMPRESSUM

**Herausgeber:** Medien Union GmbH Ludwigshafen  
**Verlag:** Chemnitz Verlag und Druck GmbH & Co. KG  
09111 Chemnitz, Brückenstraße 15  
oder 09002 Chemnitz, Postfach 261  
**Telefon:** 0371 6560  
**Telefax Redaktion:** 0371 656-17084  
**Telefax Anzeigen:** 0371 656-17077  
**Internet:** www.freiepresse.de  
**E-Mail:** die.tageszeitung@freiepresse.de  
**Geschäftsführer:** Dr. Michael Tillian  
**Chefredakteur:** Torsten Kleditzsch  
(verantwortlich für den redaktionellen Teil)  
**Stellvertretende Chefredakteur:** Udo Lindner, Jana Klameth  
**Stellvertretender Chefredakteur Digitales:** Sascha Aurich

**Anzeigenleitung:** Gesamt: Tobias Schniggenfittig (verantwortlich für den Anzeigenteil)  
National: Alexander Arnold  
**Leiter Leserkmarkt:** Arne Stuck  
  
Sämtliche Beiträge in der Freien Presse oder in Freie Presse Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an Freie Presse-Beiträgen (für Pressespiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMG Presse-Monitor GmbH, Markgrafenstraße 62, 10969 Berlin, Telefon: 030 284930, E-Mail: info@presse-monitor.de, oder direkt beim Verlag.  
Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher in Textform beim Verlag oder den Geschäftsstellen vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen.

# „Wir müssen die internen Querelen endlich einstellen“

Sachsens Ex-Oppositionsführer Hahn über die Krise der Linken und ihre Haltung zum Angriff auf die Ukraine

**DRESDEN** – Seit achteinhalb Jahren sitzt André Hahn für die Linke im Bundestag. Mit dem 58-jährigen sprach „Freie Presse“-Landeskorespondent Tino Moritz.

**Freie Presse:** Herr Hahn, die Linke ist nun auch im Saarland nach 13 Jahren aus dem Landtag herausgeflogen. Alles nur, weil Oskar Lafontaine kurz zuvor seinen Parteiaustritt erklärt hat?

**André Hahn:** Diese Erklärung wäre zu einfach. Ich halte den Austritt für falsch und den Zeitpunkt für unsolidarisch. Seine Verdienste bei der Gründung der Linken und als Bundestagsfraktionschef, auch früher als Ministerpräsident im Saarland bleiben. Es war offenbar viel Verbitterung im Spiel. Da hätte jemand mit der politischen Erfahrung eines Oskar Lafontaine eigentlich souveräner sein müssen. Fakt ist: Eine zerstrittene Partei – wie leider auch die Linke im Saarland – ist für die Wähler nicht attraktiv.

**Schon nach der 4,9-Prozent-Schlappe zur Bundestagswahl 2021 war viel von einer existenziellen Krise der Partei die Rede. Hat die Partei daraus überhaupt Lehren gezogen?**

Die Ursachen waren vielschichtig. Vom Mindestlohn bis zur Reichensteuer sind uns einige sozialpolitische Themen von der SPD de facto „geklaut“ worden, von denen jetzt in der Ampel-Koalition kaum etwas umgesetzt wird. Hinzu kam, dass wir in den letzten Jahren alles andere als geschlossen agiert haben. Wir müssen die internen Querelen endlich einstellen. Das Bundestagswahlergebnis war ein ernster Warnschuss. Ich bin mir nicht sicher, ob das alle verstanden haben.

**Sind die inhaltlichen Gräben vor allem zwischen den Anhängern Sahra Wagenknechts und den sogenannten Bewegungslinken nicht längst viel zu tief für Freude, Eierkuchen?**

Wir müssen beides tun – sowohl die Interessen der sozial Benachteiligten als auch den ökologischen Wandel beachten. Dass es beim Klimawandel sozial gerecht zugeht, haben andere Parteien nicht ansatzweise so im Blick wie wir. Bei den sozialen Themen sollten wir mindestens das einfordern, was die SPD im Wahlkampf versprochen hat. Wir müssen wieder deutlicher Interessenvertretung der arbeitenden Menschen werden – und des Ostens bleiben. Die Leute müssen sehen, dass wir uns für sie stark machen.

**Sie selbst scheiterten am vorigen Donnerstag im Bundestag bei der Wiederwahl ins Parlamentarische Kontrollgremium (PKG) zur Überwachung der Nachrichtendienste. Hat sich gerade alles**



Linke-Politiker André Hahn sieht eine dauerhafte militärische Neutralität der Ukraine als möglichen Ausweg aus dem Konflikt. FOTO: KAY NIETFELD/DPA

**gegen die Linke verschworen?**

Ich war selbst überrascht, hatte auch keine Signale aus anderen Fraktionen, dass es so eng werden könnte, zumal ich ja auch schon Vorsitzender dieses Gremiums war. Deshalb hoffe ich, dass das noch nicht das letzte Wort war. Ich hatte 341 Ja- und 180 Nein-Stimmen bei 72 Enthaltungen, zur erforderlichen Mehrheit fehlten mir 28 Stimmen. Fast 100 Abgeordnete haben bei der Abstimmung aber gefehlt, auch coronabedingt. Ich werde daher im April noch einmal antreten.

**Vielleicht hat Ihnen ja auch die Haltung Ihrer Partei zum Ukraine-Krieg geschadet?**

Das vermag ich nicht zu beurteilen. Das wenn die Linke oft als Putin-Versteher abgestempelt wurde, ist unsere Haltung klar: Dieser Krieg ist ohne Wenn und Aber zu verurteilen. Dafür gibt es keine Rechtfertigung, da ist nichts zu relativieren. Niemand hat das Recht, ein anderes Land zu überfallen, auch Russland nicht – egal wie die kritikwürdige Vorgeschichte mit der Nato-Osterweiterung war. Punkt. Ende.

**Innerhalb der Linken sehen das mit der Verurteilung Russlands aber offenbar nicht alle so klar...**

Meine Fraktion hat sich eindeutig und einstimmig gegen den Krieg ausgesprochen. Wir kritisieren aber zugleich das von Kanzler Scholz verkündete 100-Milliarden-Aufrüstungsprogramm. Damit hätten wir den dritt- oder viertgrößten Rüstungsetat der Welt. Das passt nicht zu einem friedliebenden Land. Die Bundeswehr ist eine Verteidigungsarmee, neue Bomber sind der falsche Weg. Für den lange versprochenen Bonus für Pflegekräfte und andere

## „Im Unterschied zu manch anderen habe ich Putin und seinen autoritären Stil schon länger skeptisch gesehen.“

soziale Maßnahmen ist angeblich kein Geld da, aber für ein Sondervermögen für Aufrüstung soll nun sogar das Grundgesetz geändert werden. Da stimmt etwas nicht.

**Die Ampel-Koalition stattet die Ukraine sogar mit Waffen aus. Warum lehnt die Linke das ab?**

Immer mehr Waffen schaffen nicht mehr Frieden. Diplomatisch muss alles getan werden, damit der Krieg beendet wird. Ein möglicher Ausweg könnte die dauerhafte militärische Neutralität der Ukraine sein. Das wurde ja von Präsident Selenskyi selbst ins Spiel gebracht.

**Wie groß war Ihre persönliche Enttäuschung über Vladimir Putin am 24. Februar?**

Im Unterschied zu manch anderen habe ich Putin und seinen autoritären Stil schon länger skeptisch gesehen. Trotzdem hielt auch ich es für undenkbar, dass die russische Armee in der Ukraine einmarschieren könnte. Das war außerhalb meines Vorstellungsvermögens.

**Hat die Linke im Verhältnis zu Russland mehr aufzuarbeiten**

**als andere Parteien?**

Aufarbeitung ist der falsche Begriff, aber ja, gerade unter Ostdeutschen gab und gibt es eine größere Affinität zu Russland. Das hat vor allem mit der Geschichte zu tun. Zu DDR-Zeiten arbeiteten viele Menschen an der „Druschba“-Erdgasstrasse oder unternahmen Reisen in die Sowjetunion. Mein Fraktionschef Dietmar Bartsch hat dort studiert. Die jungen Leute von heute haben diese Bindungen natürlich nicht mehr. Ich hoffe dennoch, dass persönliche Beziehungen nach Russland bleiben und auch dann noch bestehen, wenn Putin nicht mehr Präsident ist. Es wäre gerade jetzt wichtig, nicht alle zivilgesellschaftlichen Kontakte abzubrechen. Das gilt auch für den Sport, der Völker nicht trennen, sondern verbinden soll. Städtepartnerschaften und kulturelle Kontakte sollten ebenfalls nicht eingefroren werden. Russland gehört zu Europa. Die Schuld am Krieg trägt nicht das russische Volk, sondern Putin mit seiner Entourage. [tz]

### André Hahn

**Seit gut 27 Jahren** ist der gebürtige Berliner Abgeordneter: Im Sächsischen Landtag saß er von Dezember 1994 bis November 2013 – von 1995 bis 2007 als Parlamentarischer Geschäftsführer, danach bis 2012 als Fraktionschef. Zur Landtagswahl 2009 kam die Linke mit ihm als Spitzenkandidat auf 20,6 Prozent. 2013 wechselte Hahn in den Bundestag, wo er beispielsweise im Sportausschuss und im Parlamentarischen Kontrollgremium aktiv wurde. Der Stürmer des FC Bundestag lebt in Gohrisch in der Sächsischen Schweiz. [tz]

# Wird gescheiterte Pkw-Maut teuer?

Auch nach dem Ausscheiden der CSU aus der Bundesregierung sorgt eines ihrer Prestigeprojekte immer noch für Ärger.

VON MARTINA HERZOG

**BERLIN** – Das Bundesverkehrsministerium will eine Schiedsentscheidung im Streit um die gescheiterte Pkw-Maut prüfen. Es sei ein „Teil-schiedsspruch“ ergangen, bestätigte ein Sprecher des Ministeriums am Samstag in Berlin. „Behandelt werden bestimmte Aspekte des Anspruchsgrundes, aber nicht der Anspruchshöhe. Das Gericht hat auch auf mögliche Schadenersatzansprüche des Bundes hingewiesen.“ Das Verfahren sei vertraulich, über das weitere Vorgehen sei nun zu entscheiden.

Am Vorabend hatten die eigentlich vorgesehenen Betreiberfirmen CTS Eventim und Kapsch Traffic-Com mitgeteilt, das Schiedsgericht habe einen Anspruch auf Schaden- und Aufwendungsersatz gegen die Bundesrepublik festgestellt. In der nun folgenden zweiten Phase des Schiedsverfahrens werde über die Höhe des Anspruchs entschieden.

Die Pkw-Maut – ein CSU-Prestigeprojekt – war im Juni 2019 vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) als rechtswidrig gestoppt worden. Die vorgesehenen Betreiber fordern 560 Millionen Euro Schadenersatz, nachdem der Bund die Verträge nach dem Urteil gekündigt hatte. Der Bund und der zuständige damalige Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) hatten die Ansprüche zurückgewiesen, es folgte das Schiedsverfahren. Inzwischen wird das Verkehrsministerium von Volker Wissing (FDP) geführt. Das Schiedsgericht habe bestä-

tigt, dass die angemeldeten Ansprüche „dem Grunde nach bestehen“, teilten Kapsch und CTS Eventim mit. Das gehe aus dem Zwischen-



FOTO: CHRISTOPH SOEDER/DPA

schiedsspruch hervor, der den Betreiberparteien am Freitag übermittelt worden sei. Das Bundesverkehrsministerium habe sich demnach nicht „einseitig und entschädigungslos“ von dem Vertrag lossagen dürfen. Mit dem Schiedsspruch sei auch der behauptete Kündigungsgrund einer „Schlechtleistung“ abgelehnt worden. Scheuer hatte wiederholt betont, die Betreiber hätten keinen Anspruch auf Entschädigung. Sie hätten vertragliche Leis-

tungen nicht erfüllt und Verträge vorsätzlich und treuwidrig verletzt.

Die Betreiberfirmen hatten dagegen argumentiert, dass sie im vorliegenden Fall der Vertragsbeendigung Anspruch auf entgangenen Gewinn über die Vertragslaufzeit habe – vorgesehen waren zwölf Jahre. Weiterhin sehe der Betreibervertrag einen Ausgleich von „Beendigungskosten“ vor, zu denen auch Schadenersatzansprüche von Unterauftragnehmern gehörten.

Das Vorgehen Scheuers hatte in der vergangenen Wahlperiode einen Untersuchungsausschuss des Bundestags beschäftigt. Die damalige Opposition warf ihm Verstöße gegen Haushalts- und Vergaberecht vor und warnte vor Millionenkosten für die Steuerzahler. Scheuer hatte die Vorwürfe stets zurückgewiesen. Im Visier stand auch, dass Scheuer die Betreiberverträge 2018 abschloss, noch bevor Rechtssicherheit beim EuGH bestand. [dpa]